

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 6 66 848 pbbn d

Inhalt

43. Jahrgang / 68

7. April 1988

Erwin Horn MdB zu den Bonner Modernisierungs-Absichten: Wo bleiben die deutschen Interessen?

Seite 1

Karl-Heinz Hiersemann MdL zu den Vorwürfen, bei der Volkszählung in Bayern sei die Vertraulichkeit verletzt worden: Wie sollen Bürger noch Vertrauen in diesen Staat haben?

Seite 3

Doris Odendahl MdB und Günter Rixe MdB zu den Berufsbildungsberichten 1987 und 1988 sowie zu den Perspektiven der beruflichen Bildung: Die Berufsausbildung braucht neue Perspektiven.

Seite 4

Dokumentation
Der Vorsitzende der Berliner SPD, Walter Momper, hat dieser Tage in einem Vortrag über die „wirtschaftliche Zukunft Berlins“ Oskar Lafontaine positiv gewürdigt. Auszüge aus seinem Vortrag auf

Seite 6

Wo bleiben die deutschen Interessen?

Zu den Bonner Modernisierungs-Absichten

Von Erwin Horn MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Verteidigungs-Ausschuß des Deutschen Bundestages

Die Enthüllungen des „SPIEGEL“ über die Pläne des Verteidigungsministeriums, die atomaren Kurzstreckensysteme LANCE zu modernisieren, beweisen, daß die Regierung Kohl erneut die Unwahrheit gesagt hat. Während sich der Außenminister zumindest verbal bemüht, die Abrüstungsgespräche in Gang zu halten, läßt der Verteidigungsminister und zukünftige Generalsekretär der NATO keine Chance aus, Rüstungskontrollverhandlungen zu belasten. Mit allen Mitteln versucht er, seine eigenen Worte, „das sowjetische Territorium muß unter Risiko gehalten werden“, auch mit Hilfe der Bundeswehr in die Tat umzusetzen.

Noch fühlt sich der Verteidigungsminister durch die Aussagen des Bundeskanzlers und die zweifelhafte Übersetzung des Pressecommuniqués der Gipfelkonferenz der NATO in Schach gehalten, so daß seinen Plänen und Studien der Stempel „geheim“ aufgedrückt werden muß. Es stellt sich die berechtigte Frage, warum wird der Verteidigungsausschuß nicht über die geheimen Pläne des Verteidigungsministeriums informiert?

Es sieht fast so aus, als ob der Verteidigungsminister und seine Offiziere bessere Englischkenntnisse als die Übersetzer im Bundeskanzleramt besitzen, wenn sie die Worte „up to date“ richtigerweise mit „auf dem neuesten Stand“ ins Deutsche übertragen. Weiß der Verteidigungsminister dem Bundeskanzler öffentlich nicht widersprechen kann, wird die Modernisierung der Kurzstreckenraketen im Geheimen weiter vorangetrieben.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verfügbar Umwelt
mit recycelten Rohstoffen
Recycling-Paper



Man kann von einem Ausverkauf deutscher Interessen sprechen, wenn der zuständige Staatssekretär für Strategiefragen Rühl äußert: „Es kann nicht im westlichen Interesse liegen, ... eine kernwaffenfreie Grenzzone oder einen Korridor durch Europa zu ziehen.“ Wo bleiben eigentlich in diesem Spiel die deutschen Interessen? Kann es denn wirklich im Interesse der Bevölkerung der beiden deutschen Staaten liegen, daß ihre beiden Staaten zum möglichen Schlechtfeld für taktische Nuklearwaffen wird? Müßte nicht ein deutscher Regierungsvertreter in erster Linie deutsche Interessen in das Bündnis der westlichen Staaten einbringen, anstatt im vorausseilenden Gehorsam zunächst ein gesamt-westliches Interesse zu formulieren?

Es entsteht der Eindruck, daß es überhaupt keinen deutschen Vertreter in allen NATO-Gremien mehr gibt, der für Deutschland den Mund aufmacht!

Mit der Reichweitenerhöhung der LANCE-Rakete und der Entwicklung neuer FOFA-Waffen (Follow On Forces Attack Weapons - TASM und ATACM) wird tatsächlich nicht nur eine Modernisierung, sondern eine neue Waffenqualität eingeführt. So werden neue dual capable - boden- und luftgestützte - Raketen neu eingeführt* und stellen eine neu geschaffene Bedrohung für die Warschauer Pakt-Staaten her, die zwangsläufig alle Rüstungskontrollverhandlungen belasten müssen.

Die SPD-Fraktion verlangt unverzügliche Verhandlungen über eine dritte Null-Lösung der nuklearen Kurzstreckenwaffen in Zusammenhang mit der Herstellung von konventioneller Stabilität. Bis zum Abschluß dieser Verhandlungen dürfen weder bestehende Systeme modernisiert noch neue eingeführt werden.

(*Systeme, mit denen konventionelle und nukleare Sprengköpfe verschossen werden können.)

(-/7.4.1988/rs/ks)

* * *

Wie sollen Bürger noch Vertrauen in diesen Staat haben?

Zu Vorwürfen, bei der Volkszählung in Bayern sei die Vertraulichkeit verletzt worden

Von Karl-Heinz Hiersemann MdL
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Die kürzlich bekannt gewordenen Fälle der Weitergabe von Volkszählungsdaten bei der Erhebungsstelle München werden sowohl im Bayerischen Landtag als auch im Bayerischen Datenschutzbeirat ein Nachspiel haben. Die erhobenen Vorwürfe zeugen von schlimmen Verstößen gegen das Abschottungsgebot sowie gegen die Vertraulichkeit der bei der Volkszählung erhobenen Daten. Wie sollen Bürger noch Vertrauen in diesen Staat haben, wenn man ihnen bei der Volkszählung Anonymität zusichert, hinterher aber die Angaben der Volkszählung sogar dem Vermieter mitgeteilt werden und dieser auf eventuelle Verstöße gegen den Mietvertrag aufmerksam gemacht wird.

Die SPD-Fraktion wird bei der Fortsetzung der Diskussion über den Datenschutzbericht im Rechtsausschuß des Bayerischen Landtages am 19. und 20. April vom Datenschutzbeauftragten eine deutliche Stellungnahme zu den Vorfällen fordern. Überdies hat der Datenschutzexperte der SPD-Fraktion, Klaus Warnecke, den Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz ebenfalls um Berichterstattung bei der nächsten Datenschutzbeiratssitzung am 14. April gebeten.

Die SPD in Bund und Ländern hatte sich für die Durchführung der Volkszählung ausgesprochen. Wir hatten dabei darauf hingewiesen, daß das Mißtrauen weiter Kreise der Bevölkerung gegen die Volkszählung auf dem Hintergrund der datenschutzfeindlichen Politik der Bonner Koalition (maschinenlesbarer Ausweis, Schlepptnetzfehndung, direkter Zugriff auf die Flensburger Kraftfahrerkartei) verständlich ist. Deshalb hatten wir deutlich dafür plädiert, die Ängste und Befürchtungen der Bevölkerung ernstzunehmen und alles zu tun, daß die Einhaltung der vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten Erfordernisse für den Datenschutz gewährleistet sind.

Wenn nun am laufenden Band von der Erhebungsstelle bei Vermietern angerufen und „nachgecheckt“ wird, dann entsteht nicht wiedergutzumachender Schaden im Verhältnis Bürger und Staat. Die Ängste und Befürchtungen derjenigen, die der Abschottung zwischen Erhebungsstellen und Verwaltung schon immer mißtraut haben, scheinen offensichtlich jedenfalls in Einzelfällen begründet. Wenn hier wirklich unzulässige Datenweitergaben erfolgten, dann müssen die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Die Behörde hat sich zu entschuldigen und die unzulässig weitergegebenen Daten dürfen nicht verwendet werden. Nur so kann der bereits entstandene Schaden noch halbwegs begrenzt werden.

(-7.4.1988/rs/ks)

Die Berufsausbildung braucht neue Perspektiven

Zu den Berufsbildungsberichten 1987 und 1988 sowie zu den Perspektiven der beruflichen Bildung

Von Doris Odendahl MdB und Günter Rixe MdB

Viele Jugendliche in Abschlußklassen, die sich jetzt mit ihrem Zwischenzeugnis auf die Lehrstellensuche begeben, werden wahrscheinlich schnell die Erfahrungen ihrer Vorgänger der letzten Jahre machen: statistisch, zahlenmäßig und rechnerisch hat sich alles gebessert - aber die eigene Bewerbung kommt immer wieder zurück.

1987 waren wiederum fast 34.000 Bewerberinnen und Bewerber um einen Ausbildungsplatz erfolglos, obwohl die Zahl der Schulabgänger zurückging, obwohl die Zahl der „Altbewerber“ sank (weil sie entweder noch eine Stelle zugewiesen bekamen oder weil sie aufgegeben haben), obwohl es ein Lehrstellenüberangebot von rund 10.000 Plätzen gab. Etwa 10.000 Bewerber konnten noch nach Beginn des Ausbildungsjahres bis zum Jahresende vermittelt werden - in welche Berufe ist nicht bekannt. Aber es gibt immer noch die bekannten Bäcker-/Gärtner-/Fleischer-/und so weiter-Überschüsse, die sofort nach der Ausbildung umschulen dürfen.

Es genügt, im falschen Bundesland in der falschen Gemeinde zu wohnen, sich für einen zukunftsorientierten Beruf zu bewerben und die Suche nach einem Ausbildungsplatz ist vergebens. Denn zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen, in Hamburg, Bremen oder Niedersachsen gibt es sogar rechnerisch Mangel an Ausbildungsplätzen. Und in Dienstleistungsberufen reichen die angebotenen Lehrstellen nicht aus, um die Nachfrage zu decken. In gewerblich-technischen Berufen gibt es dagegen leichten Überhang an Plätzen. Vielleicht wäre hier eine Chance für junge Frauen, denn sie sind bei der vergeblichen Lehrstellensuche wieder besonders betroffen: 63 Prozent gingen leer aus! Allerdings gibt es in diesen Berufen von seiten der ausbildenden Betriebe wie auch von seiten der jungen Frauen Vorbehalte. Aus der Sicht der Frauen sind diese verständlich. Denn es ist für sie viel schwerer, nach der Ausbildung übernommen zu werden oder eine Stelle in dem Bereich zu bekommen. Und die zunehmende Automatisierung der Produktion macht die berufliche Zukunft noch unsicherer.

Die zweite Schwelle - die Übernahme in ein Arbeitsverhältnis nach der Ausbildung - ist zunehmend schwieriger zu überwinden. Jeder 7. Jugendliche ist nach erfolgreicher Ausbildung zunächst einmal arbeitslos. In den nächsten 15 Jahren beenden rund 8,5 Millionen Jugendliche eine Lehre erfolgreich. Nur zwischen 6,4 bis sieben Millionen Arbeitsplätze werden durch Ausscheiden älterer Arbeitnehmer für diese Jugendlichen frei. Hinzu stoßen noch etwa 1,3 Millionen Jugendliche ohne Ausbildung auf den Arbeitsmarkt.

Die SPD-Bundestagsfraktion kann zusammenfassend feststellen: Die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt ist trotz großer Anstrengungen der Ausbildungsbetriebe in Handwerk, Handel, Industrie, der öffentlichen Hand sowie gestiegener Ausbildungszahlen in den beruflichen Schulen nach wie vor unbefriedigend. Wenn sich auch die Lage gegenüber den Vorjahren zahlenmäßig etwas entspannt hat, aber in regional sehr unterschiedlichem Ausmaß, so treten heute vor allem die qualitativen Probleme in den Vordergrund. Die Bedeutung von Bildung und Ausbildung wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zunehmen. Bei der Berufsausbildung ist schon heute erkennbar, daß zu wenig Jugendliche zukunftsorientierte Berufe erlernen können, daß dadurch Arbeitslosigkeit und hoher Umschulungsbedarf entstehen werden.

Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag geht davon aus, daß der rasche wirtschaftliche Strukturwandel und der technische Innovationsprozeß tiefgreifende Veränderungen der Arbeitswelt und der Anforderungen am Arbeitsplatz mit sich bringen. Die Entwicklung zur Dienstleistungs- und zur Informationsgesellschaft bedeutet eine wachsende Abhängigkeit der Wirtschaft vom „Produktionsfaktor persönliche Qualifikation“. Eine moderne Volkswirtschaft ist auf den mitdenkenden, mitgestaltenden und zur Übernahme von Verantwortung bereiten Arbeitnehmer genauso angewiesen wie auf ein kreatives und innovationsfreudiges Management. Dies verlangt von allen neue, anspruchsvolle Kenntnisse, Fertigkeiten und soziale Fähigkeiten. Diese zu untersuchen und entsprechende Konsequenzen für die Bildungspolitik zu ziehen, wurde von der SPD-Bundestagsfraktion eine Enquete-Kommission „Zukünftige Bildungspolitik - Bildung 2000“ initiiert.

Um die aktuelle Lage im Bereich der beruflichen Bildung und Weiterbildung zu verbessern, stellte die SPD-Bundestagsfraktion an die Bundesregierung unter anderem folgende Anträge:

- Die Reform der Ausbildungsordnungen für die betriebliche Ausbildung muß zügig fortgesetzt werden. Neue Ausbildungsordnungen sind umgehend in die Praxis umzusetzen. Zweijährige Berufsausbildungen sind abzuschaffen. Dabei muß auf die Länder eingewirkt werden, wachsende Anforderungen an Allgemeinbildung und Fachtheorie durch einen Ausbau der Teilzeitberufsschulen auszufüllen. In allen Ausbildungsstufen ist ein zweiter Berufsschultag einzuführen.
- Die Probleme der Kosten der betrieblichen Ausbildung bestehen weiter. Die niedrigen Ausbildungskosten in der Industrie und überhöhte Quoten in vielen Bereichen des Handwerks stellen ein erhebliches Problem dar. Ein vorliegender Gesetzentwurf zur Umlagefinanzierung wurde nicht verabschiedet. Im Zusammenhang mit den bestehenden Ungleichgewichten auch bei der Finanzierung der Weiterbildung wird von der Bundesregierung ein Gesamtkonzept zur Finanzierung und Förderung der beruflichen Erstausbildung und der beruflichen Weiterbildung erwartet.
- Angesichts der Reform der Ausbildungsordnungen muß das Netz der überbetrieblichen Ausbildungsstätten über die geplanten 77.000 Plätze hinaus ausgeweitet und auf den neuesten technischen Stand gebracht und gehalten werden. Hieran muß sich - wie in der Vergangenheit - der Bund auch in Zukunft maßgeblich planerisch und finanziell beteiligen.

(Für den Haushalt 1988 wurde von uns für die Förderung überbetrieblicher beruflicher Ausbildungsstätten eine Erhöhung um 20 Millionen DM auf insgesamt 60 Millionen DM sowie eine Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung für die folgenden Jahre um zehn Millionen DM beantragt. Zusätzlich beantragt wurden 200 Millionen DM für die Ausbildung von Mädchen und jungen Frauen mit 10.000 Vollausbildungsplätzen und 464 Millionen DM für die Berufsausbildung benachteiligter Jugendlicher).

- Bestehende Programme zur Weiterbildung von Ausbildern und Ausbilderinnen sowie den in den Prüfungs- und Berufsbildungsausschüssen Tätigen sollen aufgestockt werden, damit die modernisierten Ausbildungsordnungen auch tatsächlich umgesetzt werden können. Die Ausbilderignungsverordnung muß so gestaltet werden, daß sie in allen Betrieben eine qualifizierte Ausbildung sicherstellt.

(-/7.4.1988/rs/ks)

DOKUMENTATION

Walter Momper: Lafontaine hat gesagt, was Sache ist

Der Vorsitzende der Berliner SPD, Walter Momper, hat diese Tage in einem Vortrag über die „wirtschaftliche Zukunft Berlins“ Oskar Lafontaine positiv gewürdigt, weil dieser Tabus gebrochen habe. Wir dokumentieren Auszüge aus seinem Vortrag.

Oskar Lafontaine hat so viele Resonanz gefunden, weil er Tabus gebrochen hat. Er hat Unruhe in die wirtschaftspolitische Diskussion gebracht, er hat manche schlafenden Hunde geweckt. Ich glaube, daß ist ein bleibendes Verdienst dieses Vorstoßes und deshalb kam dieser Vorstoß auch zur richtigen Zeit. Wann sonst soll denn eine solche belabende Unruhe erzeugt werden, wenn nicht zu einem Zeitpunkt, da die Arbeitslosigkeit im Bund sich bei 2,5 Millionen eingependelt hat und hier in Berlin bei 100.000 und da gleichzeitig die Politik sich immer mehr mit einer solchen Situation abzufinden droht. Kann man wirklich noch warten und Rücksichten nehmen, wenn man angesichts dieser Zahlen sieht, daß die Wirtschaftspolitik in Deutschland, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, Regierung wie Opposition unbeirrt ihren bisherigen Gang weitergehen, daß sie ihre bisherigen Positionen beibehalten wollen, ohne daß dies den Arbeitslosen effektiv etwas bringt?

Was die Wirtschaftspolitik in Deutschland insgesamt charakterisiert, das ist die Ideologisierung von Positionen, Positionen, die unverrückbar sind, die gebetsmühlenhaft seit Jahren wiederholt werden und zwar ganz und gar unabhängig von der realen Entwicklung am Arbeitsmarkt. Die Anforderungen der Wirklichkeit stören nicht in diesem ewigen und ziemlich hoffnungslosen Spiel.

Edzard Reuter, der als Vorstandsmitglied der Daimler-Benz AG auch gleichzeitig ein Interessenvertreter der Industrie ist, hat immerhin so viel Abstand zu den Dingen, daß er diese Ideologisierung der Wirtschaftspolitik beklagt und entschieden mehr Pragmatismus fordert. Er will pragmatische Lösungen für das jeweils am stärksten verletzte Ziel der Ökonomie, und das ist derzeit ganz eindeutig das Ziel der Vollbeschäftigung.

Ich kann mich dem nur anschließen und fordere eine solche pragmatische Herangehensweise, die sich an der kurz- und mittelfristigen Lösung oder mindestens Linderung des Problems der Massenarbeitslosigkeit orientiert, auch für meine Partei. Am stärksten ist die Ideologisierung in der Wirtschaftspolitik allerdings bei der CDU, die freilich damit weniger negative Schlagzeilen und Kommentare produziert, als die Gewerkschaften oder die SPD. Seit ihrer Regierungsübernahme in Bonn und Berlin redet die CDU vom Aufschwung und verkündet unablässig die These, daß die Gewinne von heute die Arbeitsplätze von morgen seien.

Und gerade jetzt wird mit der Senkung des Spitzensteuersatzes von 56 auf 53 Prozent ein weiterer großer Schritt zur Entlastung der Reichen und Superreichen getan. Aber seitdem die CDU regiert, sind aus den Gewinnen, die es ja in erheblichen Größenordnungen gegeben hat, eben genau nicht die neuen Arbeitsplätze entstanden, seitdem hat sich die Arbeitslosigkeit im Gegenteil verdoppelt. Im Bund wie in Berlin. Ich meine, einen besseren Gegenbeweis zu der wirtschaftspolitischen Grundideologie der CDU kann es nicht geben und ein Pragmatiker würde diese Ideologie daher sofort über Bord werfen und nach besseren Ansätzen suchen. Aber so ist die Politik offenbar nicht, denn sie ist Klientelpolitik, in diesem Fall für die Arbeitgeber.

Auch die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften haben sich jahrelang in die Tasche gelogen, indem sie meinten, dem Problem der Massenarbeitslosigkeit mit Beschäftigungsprogrammen und der Arbeitszeitverkürzung bei vollen Lohnausgleich beikommen zu können. Auch dies ist Interessenpolitik und zwar für die voll in Lohn und Brot stehenden Arbeitnehmer. Diese Ideen tragen wir seit langem vor uns her, obwohl wir wissen, daß wir die wirtschaftspolitische Kompetenz in den Augen der Mehrheit der Bevölkerung damit nicht erwerben werden, obwohl wir also wissen, daß wir diese Ideen letztlich nicht durchsetzen können. Das hat auch seinen Grund, denn die Menschen wissen, daß vieles gegen diese reinen Lehren spricht, zum Beispiel ja die wirklich vorhandenen Finanzierungsengpässe des Staates oder die negativen Wirkungen einer Verteuerung der Arbeit in unserem Land im Kontext einer härter gewordenen internationalen Konkurrenz.

In der Realität hat die Arbeiterbewegung daher auch erhebliche Abstriche bei ihren Forderungen gemacht. Die SPD legt keine Beschäftigungsprogramme mehr vor, sondern sinnvollere und finanzierbare Zukunftsinvestitionsprogramme, etwa im Umweltschutz. Die Gewerkschaften verzichten bei Tarifabschlüssen mit Arbeitszeitverkürzungen in der Realität ja auf einen Teil des Lohnausgleiches. Bloß offen sagen, wie Oskar Lafontaine es getan hat, darf man so etwas eben noch nicht.

(-7.4.1988/rs/ks)